

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 11. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungen	XXVII
Schrifttum (Auswahl)	XXXIII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	14
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	22
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	28
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	39
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	39
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	45
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	51
§ 8 Vertragsschluss mit Widerrufs- oder Rückgaberecht	56
§ 9 Schutz des Verbrauchers bei besonderen Vertriebsformen	63
§ 10 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	72
§ 11 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	78
§ 12 Gesetzliche Schuldverhältnisse	87
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	91
§ 13 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	91
§ 14 Die Modalitäten der Leistung	98
§ 15 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	106
§ 16 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	119
§ 17 Verknüpfung von Leistungspflichten	124
§ 18 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	131
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	141
§ 19 Erfüllung	141
§ 20 Die Aufrechnung	151
§ 21 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	157
5. Teil. Störungen des Schuldverhältnisses	163
1. Abschnitt. Grundlagen	163
§ 22 Einführung	163
§ 23 Die Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die Leistungspflicht	169
§ 24 Die Pflichtverletzung als zentrales Element der Schadensersatz- und Rücktrittsregelungen	184
§ 25 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	191
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	206
§ 26 Der einheitliche Haftungstatbestand des § 280 I	206
§ 27 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	211
§ 28 Ersatz des Verzögerungsschadens	215
§ 29 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	224
§ 30 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	241
§ 31 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	246
§ 32 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	248
§ 33 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	252

3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	255
§ 34 Grundentscheidungen	255
§ 35 Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung	258
§ 36 Schutzpflichtverletzung	263
§ 37 Unmöglichkeit	264
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	272
§ 38 Gläubigerverzug	272
§ 39 Störung der Geschäftsgrundlage	278
§ 40 Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund	287
§ 41 Vertragsstrafe	291
6. Teil. Rückabwicklung von Verträgen	299
§ 42 Die Rechtsfolgen des Rücktritts	299
§ 43 Rückabwicklung von Verbraucherverträgen	310
7. Teil. Schadensrecht	315
§ 44 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	315
§ 45 Begriff und Arten des Schadens	317
§ 46 Verursachung und Zurechnung des Schadens	321
§ 47 Ersatzberechtigte Personen	336
§ 48 Art und Umfang des Schadensersatzes	341
§ 49 Der Ersatz immaterieller Schäden	349
§ 50 Grenzfälle	355
§ 51 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	365
8. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	379
§ 52 Der Vertrag zugunsten Dritter	379
§ 53 Der Austausch des Gläubigers	390
§ 54 Der Austausch des Schuldners	412
§ 55 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldnern	419
Anhang: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	433
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	433
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	438
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	440
D. Rücktritt	442
Paragrafenregister	445
Sachverzeichnis	453
Entscheidungsregister	463

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 11. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungen	XXVII
Schrifttum (Auswahl)	XXXIII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	3
1. Leistungspflichten	3
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	3
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	5
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	5
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	6
2. Schutzpflichten	6
a) Gesetzliche Regelung	6
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	8
c) Konkurrenzen	8
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	9
IV. Obliegenheiten	10
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	10
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	11
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	11
1. Grundsatz	11
2. Durchbrechungen	12
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	13
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	14
I. Das Zweite Buch des BGB	14
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	14
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	15
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	15
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	15
IV. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	16
V. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	17
1. EU-Richtlinien als Grundlage des deutschen Schuldrechts	17
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	18
VI. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	19
1. UN-Kaufrecht	19
2. Unidroit-Principles und Principles of European Contract Law	19
3. Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens und Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	20
VII. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRMdG	20
VIII. Übergangsregelungen	21
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	22
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	22
II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	23
III. Das Problem der gestörten Verhandlungspartit	24

1. Allgemeines	24
2. Fallgruppen	25
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	25
b) Störung der Verhandlungsparität im Einzelfall	26
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	26
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	28
I. Funktion und Bedeutung des § 242	28
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	29
1. Anwendungsbereich des § 242	30
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	31
a) Treu und Glauben	31
b) Verkehrssitte	31
III. Abgrenzungen	32
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	32
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	32
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	32
IV. Fallgruppen des § 242	33
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	33
2. Schrankenfunktion	34
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	34
b) Unverhältnismäßigkeit	35
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	35
d) Unredlicher Rechtserwerb und Zugangsvereitelung	36
e) Widersprüchliches Verhalten	36
f) Verwirkung	37
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	37
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	39
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	39
I. Allgemeines	39
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	40
1. Abgrenzung	40
2. Rechtspflichten im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	41
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	41
b) Schutzpflichten	41
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	41
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	42
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	42
2. Voraussetzungen	43
3. Rechtsfolgen	43
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	43
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	43
IV. Die Draufgabe	44
1. Funktion	44
2. Abgrenzungen	45
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	45
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	46
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	46
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	46
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	47
a) Grundlagen	47
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	48
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	49
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	49
III. Die rechtsgeschäftliche Beendigung von Schuldverhältnissen	50
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	51
I. Allgemeines	51
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	51

1. Schutzzweck	51
2. Anwendungsbereich des § 311b I	51
3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	53
4. Divergenzfälle	53
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	53
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	54
5. Heilung des Formmangels	54
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	55
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	55
§ 8 Vertragsschluss mit Widerrufs- oder Rückgaberecht	56
I. Überblick	56
II. Struktur des Widerrufsrechts	57
III. Widerrufsfrist	57
IV. Besonderheiten des Rückgaberechts	59
V. Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	59
1. Verbundene Verträge	60
2. Widerrufsdurchgriff	60
3. Einwendungsdurchgriff	62
§ 9 Schutz des Verbrauchers bei besonderen Vertriebsformen	63
I. Haustürgeschäfte	63
1. Verbraucher und Unternehmer	63
2. Entgeltliche Leistung	64
3. Besondere Situation des Vertragsschlusses	65
a) Arbeitsplatz oder Privatwohnung	65
b) Freizeitveranstaltungen, Verkehrsmittel, Verkehrsflächen	66
4. Ausschluss des Widerrufs- oder Rückgaberechts	66
5. Verhältnis zu anderen Widerrufsrechten	67
II. Verträge im Fernabsatz	67
1. Anwendungsbereich der §§ 312b ff.	67
2. Informationspflichten des Unternehmers	68
3. Besonderheiten beim Widerrufsrecht	68
III. Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	69
IV. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	71
V. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	71
§ 10 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	72
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	72
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRMdG	73
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	73
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	73
2. Vertragsanbahnung	73
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	74
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	75
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	75
2. Schutz des Vermögens	75
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	75
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	76
§ 11 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	78
I. Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Schuldverhältnisses	78
1. Problemstellung	78
2. Dogmatische Einordnung	79
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	80
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	80
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	81
c) Erkennbarkeit von Leistungsnähe und Gläubigerinteresse	82
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	82
4. Rechtsfolgen	82
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	84
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	84

2. Fallgruppen	85
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungsgehilfen	85
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	85
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	86
§ 12 Gesetzliche Schuldverhältnisse	87
I. Allgemeines	87
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	87
1. Besonderes Schuldrecht	87
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	87
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	88
c) Unerlaubte Handlungen	88
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	89
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	91
§ 13 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	91
I. Partevereinbarung	91
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	91
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	91
a) Generelle Grenzen	91
b) Verträge über das künftige Vermögen	92
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	92
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	93
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	93
1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	94
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	94
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	95
c) Bestimmung der Gegenleistung	95
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	95
2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	96
a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	96
b) Anfechtung der Bestimmung	96
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	97
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	97
III. Dispositives Recht	97
§ 14 Die Modalitäten der Leistung	98
I. Art und Weise der Leistung	98
1. Teilleistung	98
a) Die Regelung des § 266	98
b) Rechtsfolgen	99
2. Leistung durch Dritte	99
a) Persönliche Leistungspflicht	99
b) Voraussetzungen des § 267	100
c) Rechtsfolgen	100
3. Ablösungsrecht des Dritten	101
II. Leistungsort	102
1. Begriff und Bedeutung	102
2. Arten der Schuld	102
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	103
4. Sonderregelung für Geldschulden	103
III. Leistungszeit	105
1. Begriffe	105
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	105
§ 15 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	106
I. Überblick	106
II. Die Gattungsschuld	107
1. Allgemeines	107
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	108
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	108

a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	108
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	109
4. Konkretisierung	109
a) Voraussetzungen	109
b) Rechtsfolgen	110
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	111
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	112
1. Wahlschuld	112
a) Praktische Bedeutung	112
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	112
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	112
d) Unmöglichkeit	113
2. Ersetzungsbefugnis	113
a) Allgemeines	114
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	114
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	115
3. Elektive Konkurrenz	115
IV. Geldschuld	116
1. Allgemeines	116
2. Begleichung von Geldschulden	116
3. Besondere Arten der Geldschuld	117
a) Fremdwährungsschuld	117
b) Geldsortenschuld	117
4. Zinsen	117
a) Begriff	117
b) Entstehungsgründe	118
c) Höhe des Zinssatzes	118
d) Verbot des Zinsezinses	119
§ 16 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	119
I. Aufwendungsersatz	120
1. Der Begriff der Aufwendung	120
2. Allgemeine Regeln	121
II. Wegnahmerecht	122
III. Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	122
1. Grundsätze der Auskunftspflicht	122
2. Sonderfälle der Auskunftspflicht	123
a) Pflicht zur Rechenschaft	123
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	123
§ 17 Verknüpfung von Leistungspflichten	124
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	124
1. Grundlagen	124
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	125
a) Gegenseitige Ansprüche	125
b) Konnexität der Ansprüche	125
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	125
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	126
3. Sonderfälle	126
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	126
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369 ff. HGB)	127
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	128
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	128
1. Grundgedanken	128
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	129
3. Rechtsfolgen	130
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321 BGB)	130
§ 18 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	131
I. Einführung	131
II. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	132

III. Begriffsbestimmung	132
IV. Einbeziehungskontrolle	133
1. Allgemeine Grundsätze	133
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	134
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmern	134
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c)	135
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	135
VII. Inhaltskontrolle	136
1. Überblick	136
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	136
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	136
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	136
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	137
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	137
4. Rechtsfolgen	138
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	141
§ 19 Erfüllung	141
I. Begriff	141
II. Person des Leistenden	141
III. Empfänger der Leistung	141
IV. Wirkung der Erfüllung	143
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	143
2. Beweislastumkehr	143
3. Quittung und Schuldschein	143
4. Tilgungsreihenfolge	144
a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	144
b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	145
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	145
V. Rechtsnatur der Erfüllung	146
1. Streitstand	146
2. Stellungnahme	147
VI. Leistung an Erfüllungs statt	148
1. Rechtsnatur	148
2. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	149
3. Gewährleistung	150
§ 20 Die Aufrechnung	151
I. Allgemeines	151
II. Voraussetzungen	152
1. Aufrechnungslage	152
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	152
b) Gleichartigkeit der Forderungen	152
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	153
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	153
2. Aufrechnungserklärung	154
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	154
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	154
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	155
III. Wirkung der Aufrechnung	156
IV. Mehrheit von Forderungen	156
§ 21 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	157
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	157
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	157
a) Hinterlegungsgründe	157
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	158
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	158
3. Selbsthilfeverkauf	158

II. Erlass und negatives Schuldanerkennnis	159
III. Novation und Konfusion	160
5. Teil. Störungen des Schuldverhältnisses	163
1. Abschnitt. Grundlagen	163
§ 22 Einführung	163
I. Problemstellung	163
1. Verletzung von Leistungspflichten	163
a) Nichtleistung	163
b) Schlechtleistung	164
2. Verletzung von Schutzpflichten	164
II. Das Leistungsstörungsrecht vor der Reform	165
III. Das System des geltenden Leistungsstörungsrechts	166
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	166
2. Die Grenzen des Konzepts	166
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die Leistungspflicht	166
b) Das System der Schadensersatzansprüche	167
c) Das System der Rücktrittsrechte	168
3. Fazit: Das geltende Leistungsstörungsrecht als »Mischsystem«	168
§ 23 Die Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die Leistungspflicht	169
I. Überblick	169
II. Echte Unmöglichkeit	170
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit	170
a) Allgemeines	170
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	171
c) Zweckstörung	171
2. Rechtliche Unmöglichkeit	172
3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	172
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	172
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	173
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	173
7. Vorübergehende Unmöglichkeit	173
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	175
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	175
1. Begriff	175
2. Konkretisierung des »groben Missverhältnisses«	176
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	178
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	179
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	179
1. Voraussetzungen	180
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	180
V. Rechtsfolgen	181
§ 24 Die Pflichtverletzung als zentrales Element der Schadensersatz- und Rücktrittsregelungen	184
I. Begriff der Pflichtverletzung	184
II. Verzögerung der Leistung	184
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	185
2. Nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	186
III. Schlechtleistung	186
1. Allgemeines	186
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	187
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechtleistung	187
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	187
c) Die Rechte des Käufers	188
d) Besonderheiten bei der Verjährung	189
IV. Schutzpflichtverletzung	189
V. Unmöglichkeit	189
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	189

2. Würdigung	190
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	190
§ 25 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	191
I. Haftung für eigenes Verschulden	191
1. Vorsatz	191
2. Fahrlässigkeit	192
a) Allgemeines	192
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	193
3. Verantwortungsfähigkeit	194
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	195
1. Vertrag	195
2. Gesetz	196
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	197
III. Haftung ohne Verschulden	197
1. Übernahme einer Garantie	198
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	199
a) Anwendungsbereich	199
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	200
3. Geldschulden	201
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	201
1. Allgemeines	201
a) Struktur des § 278	201
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	201
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	202
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	202
a) Schuldverhältnis	202
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	203
3. Rechtsfolgen	203
4. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	205
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	206
§ 26 Der einheitliche Haftungstatbestand des § 280 I	206
I. Schuldverhältnis	206
II. Pflichtverletzung	208
III. Vertretenmüssen	208
1. Die Verteilung der Beweislast	208
2. Abgrenzung von Pflichtverletzung und Vertretenmüssen	209
3. Bezugspunkt des Vertretenmüssens	210
IV. Schaden	210
§ 27 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	211
I. Abgrenzung	211
II. Verletzung von Schutzpflichten	211
1. Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	212
2. Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	212
III. Schlechtleistung	212
1. Allgemeines	212
2. Abgrenzung von Mangelschäden und Mangelfolgeschäden	213
3. Einordnung des Nutzungsausfallschadens	214
IV. Rechtsfolgen	215
§ 28 Ersatz des Verzögerungsschadens	215
I. Schuldnerverzug	215
II. Allgemeine Voraussetzungen	216
1. Nichtleistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	216
2. Mahnung	216
3. Vertretenmüssen	217
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	218
1. Leistungszeit nach dem Kalender	218
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	219
3. Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	219

4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	220
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	220
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III)	220
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	222
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	222
2. Weitere Rechtsfolgen	222
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	222
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	223
§ 29 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	224
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	224
1. Allgemeines	224
2. Schuldverhältnis	225
3. Pflichtverletzung	225
a) Nichtleistung (Verzögerung)	225
b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	226
c) Abgrenzungsprobleme	226
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	227
a) Inhalt der Fristsetzung	227
b) Zeitpunkt der Fristsetzung	228
c) Angemessenheit der Frist	228
5. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	229
a) Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	229
b) Besondere Gründe	230
c) Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	231
6. Abmahnung statt Fristsetzung	231
7. Vertretenmüssen	231
8. Schaden	232
9. Rechtsfolgen	232
a) Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	233
b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	233
c) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	234
d) Zuwenigleistung im Kaufrecht	235
e) Rückforderung erbrachter (Teil-) Leistungen	236
II. Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	236
1. Allgemeines	236
2. Grundelemente der Haftung	237
3. Das Kriterium der Unzumutbarkeit	237
4. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	238
III. Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	238
1. Allgemeines	238
2. Grundelemente der Haftung	238
3. Funktion des § 283 S. 1	239
4. Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	239
a) Teilweise Unmöglichkeit	239
b) Irreparable Schlechtleistung	240
c) Rückforderung des Geleisteten	240
§ 30 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	241
I. Allgemeines	241
II. Voraussetzungen	241
1. Wirksamer Vertrag	241
2. Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	243
3. Vertretenmüssen	244
4. Schaden	245
III. Rechtsfolgen	245
1. Schadensersatz statt der Leistung	245
2. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	245
3. Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	246

§ 31 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	246
I. Differenz- und Surrogationstheorie	247
II. Der praktische Vorrang der Differenztheorie	247
III. Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	248
§ 32 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	248
I. Problemstellung	248
1. Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	249
2. Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	249
II. Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungsersatz	250
1. Allgemeine Voraussetzungen	250
2. Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	250
3. Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	251
III. Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	251
§ 33 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	252
I. Voraussetzungen	252
1. Schuldverhältnis	252
2. Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	253
3. Erlangung eines Surrogats	253
4. Identität von geschuldetem und ersetztem Gegenstand	254
II. Rechtsfolgen	254
III. Konkurrenzen	254
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	255
§ 34 Grundentscheidungen	255
I. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	255
II. Verzicht auf das Vertretenmüssen	257
III. Rücktritt und Schadensersatz	257
§ 35 Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung	258
I. Anwendungsbereich	258
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	259
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	259
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	260
V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechtleistung	261
VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	262
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	262
2. Annahmeverzug	263
VII. Rechtsfolgen	263
§ 36 Schutzpflichtverletzung	263
I. Voraussetzungen	263
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	264
§ 37 Unmöglichkeit	264
I. Anwendungsbereich	264
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	265
1. Grundsatz	265
2. Teilweise Unmöglichkeit	265
3. Irreparable Schlechtleistung (qualitative Unmöglichkeit)	265
4. Abgrenzung	266
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	266
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	266
a) Allgemeines	266
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	267
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	267
2. Annahmeverzug	269
3. Rechtsfolgen	269
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	269
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	270
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	270
VI. Rücktritt	270
1. Irreparable Schlechtleistung	271

2. Teilweise Unmöglichkeit	271
3. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	271
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	272
§ 38 Gläubigerverzug	272
I. Allgemeines	272
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	272
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	272
2. Ordnungsgemäßes Angebot	273
a) Notwendigkeit des Angebots	273
b) Entbehrlichkeit des Angebots	274
3. Nichtannahme der Leistung	274
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	275
1. Fortbestand der Leistungspflicht	275
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	275
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	275
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	276
5. Sonstige Rechtsfolgen	277
§ 39 Störung der Geschäftsgrundlage	278
I. Einführung	278
II. Anwendungsbereich	279
1. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	279
2. Vorrang speziellerer gesetzlicher Regelungen	279
III. Voraussetzungen	280
1. Vorliegen einer Geschäftsgrundlage	280
2. Schwerwiegende Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	281
3. Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	282
4. Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	282
IV. Rechtsfolgen	283
1. Primär: »Anpassung des Vertrages«	283
2. Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	284
V. Fallgruppen	284
1. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	284
a) Äquivalenzstörung	284
b) Zweckstörung	285
2. Gemeinsame Fehlvorstellungen	286
§ 40 Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund	287
I. Problemstellung	287
II. Wichtiger Grund	288
III. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	289
IV. Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	290
V. Konkurrenzen	290
§ 41 Vertragsstrafe	291
I. Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	291
II. Struktur des unselbstständigen (»echten«) Strafversprechens	291
III. Abgrenzungen	292
1. Selbstständiges (»unechtes«) Strafversprechen	292
2. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	292
IV. Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	293
1. Wirksames Strafversprechen	293
2. Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	294
3. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	294
V. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	295
VI. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	295
VII. Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	296
6. Teil. Rückabwicklung von Verträgen	299
§ 42 Die Rechtsfolgen des Rücktritts	299
I. Überblick	299

1. Voraussetzungen des Rücktritts	299
2. Ausübung des Rücktrittsrechts	299
3. Wirkungen des Rücktritts	300
4. Sonderregeln	300
5. Auswirkungen der Schuldrechtsreform	300
II. Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	301
1. Rückgewähr in natura	301
2. Wertersatz	301
a) Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	301
b) Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	302
c) Verschlechterung oder Untergang	302
d) Berechnung des Wertersatzes	302
3. Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	303
a) Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	303
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	304
c) Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	304
III. Nutzungen und Verwendungen	306
1. Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	306
2. Ersatz von Verwendungen	306
a) Notwendige Verwendungen	306
b) Andere Aufwendungen	307
IV. Der Anspruch auf Schadensersatz	307
1. Problemstellung	307
2. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	308
3. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	308
a) Vertragliches Rücktrittsrecht	308
b) Gesetzliches Rücktrittsrecht	308
§ 43 Rückabwicklung von Verbraucherverträgen	310
I. Wertersatz für Verschlechterungen und Nutzungen	310
II. Einschränkung des Privilegs aus § 346 III 1 Nr. 3	313
III. Sonstige Besonderheiten	313
IV. Ausschluss weitergehender Ansprüche gegen den Verbraucher	314
7. Teil. Schadensrecht	315
§ 44 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	315
I. Die Funktion des Schadensersatzes	315
II. Der Grundsatz der Totalreparation	315
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	316
§ 45 Begriff und Arten des Schadens	317
I. Begriff	317
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	318
III. Positives und negatives Interesse	320
§ 46 Verursachung und Zurechnung des Schadens	321
I. Grundlagen	321
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	321
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	321
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	322
1. Äquivalenztheorie	322
a) Grundsatz	322
b) Schwächen der condicio sine qua non-Formel	322
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	323
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	324
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	324
1. Adäquanz	324
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	324
b) Kritik	325
2. Schutzzweck der Norm	326

V. Hypothetische Kausalität	328
1. Problemstellung	328
2. Schadensanlage	328
3. Ersatzpflicht eines Dritten	329
4. Die sonstigen Fälle	329
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	329
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	330
1. Schockschäden	330
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	332
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	334
VIII. Vorteilsausgleichung	334
§ 47 Ersatzberechtigte Personen	336
I. Grundsatz	336
II. Ausnahmen	337
1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	337
2. Ersatz des Unterhaltsschadens (§ 844 II)	337
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	337
III. Abgrenzungen	338
IV. Drittschadensliquidation	338
1. Allgemeines	338
2. Fallgruppen	339
a) Obligatorische Gefahrentlastung	339
b) Mittelbare Stellvertretung	340
c) Obhut für fremde Sachen	340
§ 48 Art und Umfang des Schadensersatzes	341
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	341
1. Allgemeines	341
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	342
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	343
a) Sachschäden	343
b) Körperschäden	344
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	344
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	345
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	345
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	346
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	349
§ 49 Der Ersatz immaterieller Schäden	349
I. Historische Entwicklung	349
II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	350
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	350
2. Rechtsgutsverletzung	350
III. Bemessung des Schmerzensgeldes	351
1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	351
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	352
3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	352
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	353
1. Grundlagen	353
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	354
§ 50 Grenzfälle	355
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	355
1. Problemstellung	355
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	356
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	357
4. Höhe des Anspruchs	357
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	357
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	358
IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	359

V. Urlaub und Freizeit	360
1. Problemstellung	360
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	360
3. Die Regelung des § 651f II	360
4. Nutzlos vertane Freizeit	361
VI. Kindesunterhalt als Schaden	362
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	362
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	364
§ 51 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	365
I. Allgemeines	365
1. Die Grundentscheidungen des § 254	365
a) Gleichbehandlungsgrundsatz	365
b) Quotenteilungsprinzip	366
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	366
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	366
4. Anwendungsbereich des § 254	367
II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	368
1. Überblick	368
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	368
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	369
b) Obliegenheitsverletzung	369
c) Verschulden	369
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	370
3. Obliegenheit zur Schadensabwendung oder Schadensminderung	371
4. Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	372
5. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	372
III. Rechtsfolgen	374
IV. Handeln auf eigene Gefahr	374
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	375
2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	375
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	376
8. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	379
§ 52 Der Vertrag zugunsten Dritter	379
I. Zweck	379
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	379
III. Dogmatische Einordnung	380
1. Kein eigener Vertragstyp	380
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	380
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	381
1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	382
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Drittem (Valutaverhältnis)	382
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Drittem (Vollzugsverhältnis)	383
a) Dogmatische Einordnung	383
b) Die Geltendmachung von Leistungsstörungenrechten	383
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	384
V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	384
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	385
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	385
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	386
1. Anweisung	386
2. Abtretung	386
3. Stellvertretung	387
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	387
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	388
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	388
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	389

§ 53 Der Austausch des Gläubigers	390
I. Überblick	390
1. Problemstellung	390
2. Arten des Gläubigerwechsels	390
3. Anwendungsbereich der §§ 398 ff.	391
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	391
1. Struktur der Abtretung	391
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	391
3. Abgrenzungen	392
a) Vertragsübernahme	392
b) Einziehungsermächtigung	393
III. Voraussetzungen der Abtretung	393
1. Vertrag	393
2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	395
3. Bestimmbarkeit der Forderung	395
4. Übertragbarkeit der Forderung	396
a) Allgemeines	396
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	396
c) Vertragliches Abtretungsverbot	398
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	399
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	399
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	400
3. Pflichten des Altgläubigers	400
V. Der Schutz des Schuldners	401
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	401
a) Der Anwendungsbereich des § 404	401
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	402
2. Einwendungen aus der Abtretung	403
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	403
a) Problemstellung	403
b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	404
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	404
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	405
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	405
b) Mehrfache Abtretung	407
c) Abtretungsanzeige	408
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	408
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	409
1. Sicherungszession	409
2. Inkassozeession	410
VII. Die Legalzeession	410
§ 54 Der Austausch des Schuldners	412
I. Überblick	412
II. Die privative Schuldübernahme	412
1. Voraussetzungen	412
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	412
b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	413
c) Ausschluss der Schuldübernahme	414
2. Rechtsfolgen	414
a) Wechsel des Schuldners	414
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	414
c) Einwendungen des Übernehmers	415
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	416
III. Der Schuldbeitritt	417
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	417
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	417
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	418

§ 55 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	419
I. Gläubigermehrheiten	419
1. Überblick	419
2. Teilgläubigerschaft	419
a) Voraussetzungen	419
b) Rechtsfolgen	420
3. Gesamtgläubigerschaft	420
a) Voraussetzungen	420
b) Rechtsfolgen	421
4. Mitgläubigerschaft	421
II. Schuldnermehrheiten	422
1. Teilschuld	422
a) Voraussetzungen	422
b) Rechtsfolgen	423
2. Gesamtschuld	423
a) Voraussetzungen	424
b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	426
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldnern	428
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	429
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	432
Anhang: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	433
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	433
I. Allgemeines	433
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	434
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	436
IV. Schadensersatz statt der Leistung	437
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	438
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	438
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	440
D. Rücktritt	442
Paragrafenregister	445
Sachverzeichnis	453
Entscheidungsregister	463